B o t s c h a f t

des

Bundesrathes an die h. Bundesversammlung, betreffend die
Unterhaltung des Linthwerkes.

(Vom 17. Juni 1867.)

Tit. I

Schon seit einer Reihe von Jahren, insbesondere aber seit der durch Bundesbeschluß vom 27. Januar 1862 bewirkten Reorganisation der Linthverwaltung *) ist das Verhältniß der Linthgenossamen bei der Unterhaltung des Linthwerkes ein Gegenstand vielfacher Erwägungen im Schoße derjenigen Behörden gewesen, welche in mittelbarer oder unmittelbarer Stellung sich mit den Angelegenheiten des Linthunternehmens zu beschäftigen hatten.

Durch die Bemühungen der jezigen Linthkommission sind wir nunmehr in den Stand gesetzt, Ihnen den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, welches die verschiedenen, in dem jezigen Zustande der Sache liegenden Uebelstände beseitigen und in das fragliche Verhältniß eine bessere und festere Ordnung einführen soll.

In Nachachtung des diesem gemeinnützigen Werke entsprechenden Grundsatzes, daß vor Erledigung einer so wichtigen Frage die Regierungen und die Linthgenossamen um ihre Meinungsäußerung anzugehen seien, hat die Linthkommission den ersten, nach vielfachen Verhandlungen festgestellten Entwurf den Betheiligten vorgelegt und dieselben ersucht, sich darüber auszusprechen.

*) Siehe eidg. Gesesammlung, Band VII, Seite 119.

Die eingelangten Antworten, von denen diejenigen der Regierungen sich mit dem Entwurfe im Wesentlichen einverstanden zeigten, solche der Linthgenossamen dagegen verschiedene mehr oder minder wichtige Einwendungen erhoben, wurden von der Linthbehörde einer einflüssigen Prüfung unterzogen, welche bei der nochmaligen Berathung des Projektes zu entsprechenden Modifikationen des ursprünglichen Entwurfes und schließlich zu derjenigen Fassung des Gesetzes führte, welche unverändert auch von uns angenommen worden ist.

Wir versuchen nun in Nachfolgendem, das Verhältniß, um dessen neue Regulirung es sich handelt, an der Hand des Memorials, mit welchem die Linthkommission ihre Vorschläge den Regierungen von Zürich, Schwyz, Glarus und St. Gallen einbegleitete, näher aus einander zu setzen und die wesentlichen Bestimmungen des Entwurfes zu begründen.

Die Tagssazung faßte im Jahr 1812, nachdem das Linthwerk in seiner ersten Anlage vollendet, d. h. nachdem die Glarnerlinth in den Wallensee ausgeleitet und der Ausfluß des Wallensees bis in die Gegend von Grynau hinunter kanalisirt war, einen Beschluß, welcher gewissermaßen als die künftige Verfassung des Unternehmens betrachtet werden muß; es ist die „Eidgenössische Verordnung über die für dauernde Polizeiaufsicht und die Unterhaltung der Linthkanäle“. (Aeltere eidg. offiz. Sammlung, Bd. I, S. 335). Es ist offenbar, daß die Tagssazung bei Aufstellung dieser Verordnung von der Ansicht ausging, daß nach der Herstellung der Kanäle deren künftiger Unterhalt im vollen Umfange dem theilhaftigen Grundeigenthum überbunden werden solle und könne; und es wurden acht Linthgenossamen gebildet, denen streckenweise das Kanalgebiet zum Behuf dieses künftigen Unterhaltes zugeschieden wurde. Nur für den Fall „außerordentlicher Beschädigungen“, wobei man wohl vornehmlich an linksseitige Damnbrüche am Molliserkanal dachte, war die Mithilfe der Linthkasse in Aussicht gestellt. Die eigentliche U e b e r g a b e an die Kantone zuhanden der fraglichen Genossamen erfolgte dann in formeller Weise im Laufe der Zwanzigerjahre, und es schien damit die Sache für ein- und allemal geregelt zu sein. Dem Buchstaben nach war dieses auch in der That der Fall, aber in praxi gestaltete sich die Angelegenheit ganz anders. Man darf an der Hand der Protokolle der Linthpolizeikommission aus der ganzen Zeit ihres Bestandes entschieden den Satz aussprechen, daß mit dem Grundsatz, wie er in der eidgenössischen Verordnung von 1812 niedergelegt ist und wie er nach der formellen Uebergabe der Kanalstrecken an die Genossamen hätte ins Leben treten sollen, n i e m a l s ein wirklicher Ernst gemacht worden ist. Man mag darüber streiten, wer die Schuld davon trage: die Thatsache wird jedenfalls nicht bestritten werden können. Es ist in dieser Hinsicht nicht ohne Interesse, sich aus einem höchst bedeutungsvollen Aktenstücke, dessen Abfassung noch vor den

Zeitpunkt der „Uebergabe“ fällt, zu überzeugen, wie schon damals von dem Urheber des Tagfazungsbeschlusses selbst, dem hochverdienten Staatsrath Hs. Konrad Escher, die Unmöglichkeit der vollständigen Durchführung desselben anerkannt wird. Kurz vor seinem Tode, im Mai 1822, verfaßte Escher die nachher von der Tagfazung genehmigte Instruktion für die Linthwasserbaupolizeikommission, in welcher er, beinahe in der Form eines Testamentes, die Grundsätze verzeichnete, nach denen fortan das Linthunternehmen geleitet werden sollte, und in dieser Instruktion wird — in offener Abweichung von den Grundsätzen des Tagfazungsbeschlusses von 1812 — bereits mit voller Klarheit vorausgesehen, daß eine Reihe der wichtigsten Arbeiten — so die Dammverstärkungen am Molliserkanal, die Fortsetzung desselben bis in die Seetiefe und weiterhin alle diejenigen Vorkehrungen im untern Linthkanal, die auf eine Senkung des Wallenseespiegels abzielen — ohne Beschäftigung einzelner Genossamen durch die Linthkasse werden besorgt werden müssen. Es lag dies in der That durchaus in der Natur der Verhältnisse, und es trat dabei nur zu Tage, daß der Tagfazungsbeschuß von 1812 in mehr als einer Beziehung von irrhümlichen Voraussetzungen ausgegangen war. Ein Irthum war es ohne Zweifel, daß man sich im Jahr 1812 vorstellte, das Linthwerk sei nach der Herstellung der neuen Kanäle im Wesentlichen als vollendet zu betrachten, und es handle sich fortan, außerordentliche Beschädigungen vorbehalten, nur noch um untergeordnete Unterhaltungsarbeiten, die man ganz wohl in jeder Beziehung den Genossamen, unter bloßer Oberaufsicht der Linthpolizeikommission, überlassen dürfe; die Wahrheit, die schon in der nächsten Folgezeit zu Tage trat und welcher in der Instruktion von 1822 bereits Rechnung getragen wird, war vielmehr das, daß das Werk zu seiner Vollendung noch sehr großer Nacharbeiten bedurfte und daß man die Tragung der daherigen Kosten unmöglich den einzelnen Korporationen zumuthen durfte, so wie es auch im Interesse der gesammten Unternehmung nicht wohl zulässig gewesen wäre, die Vornahme oder Unterlassung oder auch nur die Art der Ausführung derselben von dem Belieben der Genossamen, in deren Bereich sie gefallen wären, abhängig zu machen. Ein Irthum oder wenigstens eine unglückliche Lösung der Frage hatte aber weiterhin darin gelegen, daß man durch Zutheilung der verschiedenen Kanalstrecken an einzelne Genossamen die natürliche Solidarität des Interesses der ganzen beteiligten Landesgegend aufgelöst und die technische und administrative Einheit der Unterhaltungsbeziehungsweise der Vollendungsarbeiten aufgegeben hatte.

Der Zustand, wie er sich aus diesen Verhältnissen thatsächlich entwickelte, und während 50 Jahren bis zur Stunde geblieben ist, war begreiflicherweise kein erfreulicher oder normaler. Während der Tagfazungsbeschuß von 1812 formell unverändert zu Rechte bestand und

nach demselben der gesammte Unterhalt des Linthwerkes auf den acht Linthgenossamen ruhte, mußte in That und Wahrheit alles, was irgend von Bedeutung für Unterhaltung und Fortentwicklung des Werkes geschah, durchaus von der Linthkommission an Händen genommen und aus der Linthkasse bezahlt werden. Die Genossamen thaten nur das absolut Unvermeidliche und suchten, der Natur des Verhältnisses gemäß, möglichst viel von sich ab und auf die Linthkasse zu wälzen. Bei der Linthverwaltung selbst mangelte es an festen leitenden Grundjäzen, nach denen eine Ausscheidung dessen, was auf der Linthkasse, sowie dessen, was auf den Genossamen lastete, hätte erzielt werden können; es wurde „nach Umständen“ gehandelt, und die Folge davon war ein Zustand von durchaus zwitterhafter, in sich selbst unklarer Natur. Es konnte dabei auch nicht ausschließen, daß die Stellung der verschiedenen Genossamen unter sich eine ganz ungleiche wurde. Die Genossame am Molliser- oder Escherkanal wäre, wenn mit den Grundjäzen des Tagjazungsbeschlusses von 1812 hätte Ernst gemacht werden wollen, ohne Zweifel die am meisten belastete gewesen, ja man darf wohl sagen, daß sie, hätte auf ihre Kosten der Escherkanal in denjenigen Zustand versetzt werden müssen, in dem er sich gegenwärtig befindet, im eigentlichen Sinn des Wortes durch die Last erdrückt worden wäre. Dieser Umstand, in Verbindung mit der Ueberzeugung, daß eine gute Instandhaltung des Escherkanals von entscheidender Bedeutung für das gesammte Unternehmen und namentlich auch für die durch Dammbrüche am Molliserkanal besonders bedrohten untern Gegenden sei, führte dazu, daß schon gegen Ende der Zwanzigerjahre — ganz kurze Zeit nach der „Uebergabe“ der Kanäle — zwischen der Linthbehörde und der Escherkanalgenossame eine Art Vertrag eingegangen wurde, wonach gegen das sehr mäßige Uersale von 600 alten Schweizerfranken die Linthkasse den gesammten Unterhalt der fraglichen Kanalstrecke übernahm. Es sind seither mehrere hunderttausend Franken aus der Linthkasse auf diese wichtige Abtheilung des Unternehmens verwendet worden; die nach dem Wortlaut des Tagjazungsbeschlusses allein verpflichtete Genossame hat daran schwerlich auch nur den zehnten Theil entrichtet. Im untern Linthlaufe, zwischen dem Wallen- und Zürichsee besteht ein auffallender Unterschied zwischen den oberen und untern Gegenden. Die oberen sind durch die starke Senkung des Wallenseespiegels und die tiefe Einbettung des Flusses, welche ihrerseits ohne Belästigung der Genossamen durch umfassende Arbeiten des Unternehmens herbeigeführt worden sind, in die erfreulichste Lage versetzt worden; das schöne Gelände, das sich von dem Städtchen Wallenstadt bis zum See herunterzieht, die Saatländer und Baumgärten bei Weesen, Niederurnen, Schänis und Biltlen zeigen dem Beobachter auf den ersten Blick, daß hier eine Entsumpfung im vollendetesten Sinne stattgefunden hat, und in der That würden auch die ungewöhnlichsten Hochwasserstände hier keinen Schaden mehr zu

stiften vermögen. Anders gestaltet sich die Sache, sobald man in die Gemarkung von Benken, Ugnach, Reichenburg und Tuggen kommt. Hier ist die Entsumpfung auch heute noch eine sehr mangelhafte, und es bedarf nur eines Ganges durch die dortigen Rietter bei etwas regnerischer Witterung, um sich hievon in überzeugender Weise zu informiren. Wie stellen sich nun aber die Lasten der verschiedenen Genossamen? Thatsache ist, daß die obern Genossamen, deren Land absolut entsumpft ist, für die Linth selbst seit Jahrzehnten so zu sagen gar keine Auflagen mehr zu entrichten hatten, während bei den Genossamen rechts- und linksseitig Benken, deren Gemarkung heute noch größtentheils aus Rietwiesen besteht, die jährlichen Linthkosten (abgesehen von den Hintergräben) oftmals über Fr. 2000 angestiegen sind und selbst der Durchschnitt einer längeren Periode nahezu ein Jahresbetroffniß von Fr. 2000 ergibt.

Die Unhaltbarkeit dieses, nach allen Seiten hin unbefriedigenden, unbilligen und auf keinen festen Prinzipien beruhenden Zustandes wurde denn auch keineswegs erst in neuerer Zeit empfunden; man darf im Gegentheil sagen, daß das Gefühl von der Nothwendigkeit einer Neugestaltung sich wie ein rother Faden durch die Verhandlungen der früheren Linthpolizeikommission während einer fast dreißigjährigen Periode hindurch zieht. Schon 1834 wurde im Schoße dieser Behörde der Anzug gemacht, es solle „anstatt der durch Erfahrung als nachtheilig für das Ganze erscheinenden Zusammensetzung der Genossamen“ auf ein *centralisiertes System des Kanalarunterhaltes* Bedacht genommen werden. Es scheint, daß die Kommission im Grunde mit der Anregung einverstanden war; aber bei der Schwierigkeit der Sache zog man es vor, nicht sogleich darauf einzutreten, sondern die Entscheidung auf den Zeitpunkt der „Aktienliquidation“ zu verlegen. Leider war, als dieser Zeitpunkt dann wirklich eintrat, jene Anregung und die Schlußnahme, welche sich daran geknüpft hatte, vergessen, und es geschah auch damals nichts, um aus den doch als unhaltbar erkannten Zuständen heraus zu kommen. Indessen gingen die Klagen über schlechte und faumfelige Pflichterfüllung Seitens der meisten Genossamen in der Linthkommission niemals aus, und dieselbe kam im Jahr 1840 auf den Gedanken, es dürfte sich die immerfort erstrebte Einheit der technischen Leitung dadurch am ehesten herbeiführen lassen, daß alle Genossamen, gleich wie diejenigen vom Escherkanal es längst gethan hatten, die Ausführung der von ihnen zu besorgenden Arbeiten der Linthausicht überließen und dagegen alljährlich ein durch Uebereinkunft zu bestimmendes Aversale bezahlten. Es wurde sämmtlichen Genossamen in diesem Sinne ein Anerbieten gemacht; allein so weit die Linthprotokolle Ausschluß erteilten, blieb dieser Antrag nicht nur ohne praktische Folge: die Linthgenossamen nahmen sich nicht einmal die Mühe, mit Ja oder Nein

darauf zu antworten. Auch das Jahrzehend von 1850 bis 1860 brachte wieder mehrere, jedoch erfolglose Anläufe zu einer neuen Regelung des Zustandes bald von der Kommission, bald auch von einzelnen Genossen selbst ausgehend, und es ist leicht wahrzunehmen, wie namentlich in der neueren Zeit, seitdem infolge einer Reihe begünstigender Umstände die finanzielle Lage des Linthunternehmens sich blühend gestaltet hatte, die Ansicht bei den Genossen Eingang fand, es könnte nun fortan eigentlich Alles aus der Linthkasse bestritten und dem theilhaftigen Grundeigenthume jede Last abgenommen werden.

Wir haben im Vorstehenden, wenn auch in gedrängtester Kürze, die Verhältnisse, wie sie sich geschichtlich gestaltet haben und die bisherigen, leider stetsfort erfolglosen Versuche zur Abhilfe, vorgeführt, um daraus den Beweis abzuleiten, daß die Reform, welche wir zur Stunde anstreben, einem schon seit Jahrzehenden bestehenden und empfundenen Bedürfnisse zu genügen trachtet. Wir hoffen dadurch die Ansicht hinlänglich begründet zu haben, daß die Sachlage, so wie sie besteht, nicht mehr länger belassen werden darf. Fragt man aber nach den Mitteln der Abhilfe, so scheint es uns, daß es nur einen Weg gibt, der wirkliche Aussicht eröffnet, zu einem gedeihlichen Ziele zu gelangen. Liegt, wie wir dargethan haben, die Wurzel des Uebels in dem Tagsatzungsbeschlusse von 1812 und in dem Umstande, daß die in demselben niedergelegten Grundsätze theils von Anfang an auf irrthümlichen Voraussetzungen beruhten, theils aber niemals zu ernstlicher Anwendung gekommen sind, so ist sicherlich eine rationelle Reform nicht anders möglich, als durch A b ä n d e r u n g j e n e s G r u n d s a t z e s der ganzen Linthunternehmung. Es wäre eine offenbare Verkennung der richtigen und naturgemäßen gegenseitigen Stellung, wenn man sich darauf einlassen wollte, über die künftige Gestaltung des Verhältnisses mit den Genossen gleichsam von Macht zu Macht zu u n t e r h a n d e l n ; auch bürgen die in früheren Zeiten gemachten Erfahrungen dafür, daß jeder derartige Versuch bei der Divergenz der Interessen und Anschauungen erfolglos bleiben würde. Wie es eine gesetzgeberische That der Tagsatzung gewesen ist, welche die Uebelstände geschaffen hat, so muß es auch wieder ein gesetzgeberischer Akt der jezigen eidgenössischen Behörden sein, welcher eine neue und, wie wir hoffen, bessere Ordnung der Dinge herbeiführt.

Ueber die rechtliche Möglichkeit und Zulässigkeit einer Revision des Tagsatzungsbeschlusses von 1812, gegen welche von Seite mehrerer Genossen Einwendungen erhoben worden sind, kann unsers Erachtens ein Zweifel nicht bestehen; abgesehen davon, daß jeder gesetzgeberische Akt durch die Behörde, welche ihn vollzogen hat, nach allgemeinen und überall anerkannten Prinzipien, wieder abgeändert werden kann, ist in dem § 58 des gedachten Tagsatzungsbeschlusses noch be-

sonders und ausdrücklich auf die Möglichkeit künftiger Aenderungen hingewiesen und der Entscheid darüber ausschließlich der Tagjazung vorbehalten. Nachdem nun an die Stelle der Tagjazung die Bundesversammlung getreten ist und diese auch im Jahr 1862 schon in Eintzungen gesetzgeberisch gehandelt hat, so kann wohl nach keiner Richtung die Befugniß derselben zur Regulirung der vorwürfigen Angelegenheit durch Bundesbeschluß rechtlich beanstandet oder in Zweifel gezogen werden; und in der That wäre der Gedanke wahrhaft niederdrückend, daß jeder einzelne, noch so kleine Theil dieser Landesgegend, nachdem großherziger Gemeinfinn Alle von gemeinschaftlichem Elend gerettet hat, nunmehr durch ein polnisches Veto die vortheilhafteste Erhaltung und Sicherung dieses bessern Zustandes in jedem Augenblicke verhindern könnte. Was die praktische Seite der Frage anbelangt, so wäre allerdings unter Umständen die Schwierigkeit einer Maßregel nicht zu verkennen, welche zu Recht bestehende Pflichten und Befugnisse der Unterhaltsgenossamen von Grund auf neu zu reguliren unternimmt und nothwendigerweise den Effekt haben wird, hier die Lasten zu erleichtern, dort zu erschweren. Allein auch diese Schwierigkeit fällt, so wie die Sachen liegen, so ziemlich weg; denn der blühende finanzielle Zustand des Eintzunternehmens gestattet es, die neue Regelung in einem Sinne vorzunehmen, wonach die große Mehrzahl der Genossamen erheblich entlastet und jedenfalls für Alle die Belastung auf ein Minimum zurückgeführt wird.

Nachdem wir in Vorstehendem über die in Frage liegende Angelegenheit im Allgemeinen Bericht erstattet haben, erübrigt uns nur noch, die Gesichtspunkte mit einigen Worten darzulegen, von welchen die Revision des Tagjazungsbeschlusses von 1812 auszugehen hat.

Es ist schon nach dem oben Angebrachten einleuchtend, daß der Grundgedanke der ganzen Reform dahin gehen muß, die Einheit des Eintzunternehmens in technischer, administrativer und finanzieller Hinsicht herzustellen; denn gerade der Mangel dieser Einheit ist offenbar die Ursache aller bestehenden Mißverhältnisse gewesen. Deshalb findet sich im Entwurfe die Bestimmung, daß alle Anordnungen für die auf den Unterhalt der Werke bezüglichen Arbeiten ausschließlich von der zentralen Verwaltungsbehörde ausgehen und daß die Ausführung lediglich durch die Organe derselben besorgt werden soll. Die Genossamenverbände, die bis dahin, wenigstens dem Buchstaben des Gesetzes nach, die Unterhaltsarbeiten von sich aus Anordneten und ausführten und dabei nur dem Aufsichtsrechte der Eintzkommission unterworfen waren, fallen demgemäß vollständig hinweg; die Zerplitterung des Eintzwerkes in Kanaltrecken unter verschiedener Administration hört auf, und das Eintzwerk ist fortan eine technische und administrative Einheit. Es ist dann nur eine natürliche Folgerung aus diesem Satze,

daß auch die Bestreitung aller Unterhaltskosten aus einer einheitlichen Klasse zu geschehen hat. Dabei soll es jedoch nach dem Erachten der Kommission nicht die Meinung haben, daß das gegenwärtig unterhaltspflichtige Grundeigenthum seiner natürlichen Haftbarkeit entlassen würde; vielmehr will sie ausdrücklich die daherige Verpflichtung fortbestehen lassen, nur in der veränderten Form, daß nicht mehr einzelne Komplexe von Grundstücken auf einzelne Kanalstrecken angewiesen, sondern die gesammte betheiligte Landesgegend als einheitliche Korporation dem gesammten Linthwerke als einheitlicher Unternehmung gegenüber gestellt wird. Es wird auf diese Weise und kann nur auf diese Weise vermieden werden, daß innerhalb des Linthgebietes schreiende Ungleichheiten in dem Verhältnisse zwischen den durch die Korrektion gewonnenen Vortheilen und den dafür zu tragenden Lasten bestehen, Ungleichheiten, die zur Stunde allerdings, wie oben dargethan worden, vorhanden sind. Es ist auch, von dieser greifbar praktischen Folge abgesehen, ohnein nur der Natur des ganzen Verhältnisses angemessen, daß die Solidarität des Interesses, welche für das ganze Linthgebiet besteht, in der Gleichheit der Belastung für das gemeinsame Rettungszweck einen entsprechenden Ausdruck finde. Denn in der That ist z. B. an einer guten Instandhaltung des Molliserkanals das untere Linthgebiet gerade so sehr interessiert, als das unmittelbar anliegende Land, und hinwieder ist jede Arbeit, die an den untern Kanälen zur tiefern Einbettung des Flusses vorgenommen wird, von kardinalster Wichtigkeit für die Anwohner des Escherkanals, dessen glücklicher Fortbestand von einer möglichen tiefen Haltung des Wallenseespiegels wesentlich bedingt wird.

Wenn man nun aber im Grundsätze von dem Gedanken nicht abweichen will, daß das Grundeigenthum innerhalb des Mehrwerth-Perimeters auch fortan als unterhaltungspflichtig zu betrachten sei, so scheint es hingegen doch, daß die gegenwärtige Lage des Unternehmens es erlaube und rechtfertige, daß die tatsächliche Belastung der Liegenschaftsbesitzer, wenigstens in normalen Zeiten, bedeutend erleichtert werde. Durch die Ueberlassung des Linthschiffahrts-Fondes, durch die Zuwendung der Linthzoll-Auslösungsgelder, durch die mit der Zeit ungemein gesteigerten Ertragnisse des Dotationsbodens, durch glückliche und in der günstigsten Periode bewerkstelligte Verkäufe von Strand- und Dotationsboden ist die regelmähige und gesicherte Intrade der Linthkasse in einem Maße angewachsen, auf welches man auch nur vor 15 oder 20 Jahren nicht hätte hoffen dürfen. Wird auch der Linthfond, der zur Stunde noch über Fr. 40,000 beträgt, durch die Ausführung des Kanals unter Grynau vielleicht um circa Fr. 100,000 geschwächt, so bleibt immerhin von daher, auch für die Zeit nach Vollendung dieser

Arbeit, ein jährlicher Zins in Aussicht von wenigstens .	Fr. 13,000
Rechnet man dazu den Pachtertrag des Dotations-	
bodens mit	" 10,000
und die Linthzoll-Auslösungsgelder mit rund	" 15,000
so ergibt sich ein gesichertes Einnehmen per Jahr von	Fr. 38,000
Die Gehalte der Angestellten, die allgemeinen Auslagen	
und Verwaltungskosten, hoch angeschlagen, belaufen	
sich auf etwa	" 12,000

und es bleiben also von den regelmäßigen Einkünften der Linthkasse für Unterhaltungsarbeiten verfügbar . . . Fr. 26,000 eine Summe, die um so mehr als bedeutend bezeichnet werden darf, als die großen und kostspieligen Arbeiten am Escherkanal, die seit 1840 die Kräfte der Linthunternehmung außerordentlich in Anspruch genommen haben, zur Stunde in der Hauptsache beendet sind und die fragliche Abtheilung des Werkes sich demalen in einem Zustande befindet, der — ungewöhnliche Naturereignisse vorbehalten — zu der Hoffnung berechtigt, es werden für die nähere Zukunft hier keine umfassenderen Arbeiten vorgekommen werden müssen.

Bei dieser Sachlage könnte wohl ernstlich davon die Rede sein, den Grundbesitzern im Linthgebiete die Aussicht zu eröffnen, daß sie fortan in gewöhnlichen Jahren von jeder Beitragspflicht enthoben seien; denn es ist sicher, daß für die ordentlichen Unterhaltungsarbeiten, wie sie gegenwärtig etwa betrieben worden sind, die reine Jahresintrade von Fr. 26,000 mehr als ausreichen würde. Allein es kommen doch auch verschiedene Punkte in Betracht, welche dafür sprechen, in Sachen mit einer gewissen Behutsamkeit vorzugehen und nicht vorschnell Hoffnungen zu wecken, welche vielleicht später doch nicht in Erfüllung gehen könnten. Einmal wird ohne Zweifel nach Vollendung des Kanals unter Grynau die Frage der Herstellung solider Seitenwerke (Parallelwuhre) im Linthkanal in ernsthafte Erwägung gezogen werden, und es ist einleuchtend, daß dies bei einem Stromlaufe von 4 Stunden Länge eine sehr kostspielige Unternehmung ist, die, auch wenn sie auf eine längere Reihe von Jahren vertheilt wird, doch Jahr für Jahr bedeutende Summen in Anspruch nehmen würde. Sodann sind zum Zwecke einer Senkung des Zürcherseepegels Projekte im Wurf, deren Ausführung jedenfalls nicht denkbar wäre ohne energische Betheiligung der Linthkasse, vermuthlich sogar nicht ohne Eingriffe in den Linthfond. Bedenkt man dann ferner, daß es im entschiedenen und offenbaren Interesse nicht bloß des Unternehmens überhaupt, sondern gerade des eventuell haftbaren Grundeigenthums liegt, in einem tüchtigen und kräftigen Reservofond eine Garantie auch für Fälle außerordentlichen Bedarfs zu besitzen, so hoffen wir, selbst auf die Zustimmung der direct Betheiligten rechnen

zu dürfen, wenn wir zwar im Allgemeinen im Art. 6 des Entwurfes den Grundsatz ausgesprochen haben, daß eine Einthsteuer nur erhoben werden sollte, sofern in einem Jahre die ordentlichen Einnahmen der Einthklasse zur Bestreitung der Ausgaben nicht hinreichen. Wenn wir aber daneben zwei Bestimmungen aufgenommen haben, die diesen Grundsatz einigermaßen im Interesse eines kräftigen Bestandes des Dotationsfonds einschränken, so sind dies die Klauseln von Art. 4 und Art. 6, Schlusssatz. In dem erstern wird vorgeschrieben, daß Lücken, welche im Dotationsfond durch bundesrätzlich bewilligte Kapitaleingriffe entstehen, successive, selbst durch Umlagen auf das betheiligte Grundeigenthum, wieder ausgefüllt werden sollen. Es sind hinsichtlich dieses Punktes von Seite der reimonstrirenden Genossen die Kosten künftiger Ausgaben für Parallelwuhre und ganz besonders einer eventuellen Seespiegelfällung des Zürichsees in allzugrellen Farben ausgemalt worden. Man fürchtet von daher eine übermäßige Inanspruchnahme, während doch der Vortheil einer Maßregel in letztern Sinne nur einem Theile der untern Einthgegend zu gut komme. Was den ersten Punkt anbetrifft, so kann sich die Behörde die Möglichkeit, nach und nach die Korrektion zu einem vollkommenen Werke der Wasserbautechnik zu gestalten, nicht nehmen lassen. Dabei ist aber eine sehr allmähliche und Jahrzehende andauernde Ausföhrung gemeint, für welche keineswegs Fondsangriffe oder starke Jahresbeiträge dürfen in Anspruch genommen werden. Die zweite Maßregel liegt zur Zeit leider noch in weiter Ferne. Um indessen auch den aus letztern Grunde herfließenden Befürchtungen Rechnung zu tragen, sind zu allen Garantien, welche in dieser Hinsicht schon im Gesetz und im Art. 3 des Bundesbeschlusses vom 27. Januar 1862 gegeben sind, im zweiten Satz des Art. 4 des zweiten, definitiven Entwurfes noch neue hinzugefügt worden, nach welchen der Fond für solche entfernte Zwecke nur theilweise in Anspruch genommen werden und die Gleichbelastung aller Grundstücke (Art. 6) nicht Anwendung findet. Im Schlusssatz des Art. 6 wird gewissermaßen im Normalbestand des Fonds, und zwar im gegenwärtig erreichten oder überschrittenen Betrag von Fr. 400,000 statutirt und weiterhin festgesetzt, daß in solchen Zeiten, wo der Fond unter dieser Linie steht, eine mäßige Steuer vom Grundeigenthum erhoben werden soll, selbst wenn das Verhältniß der regelmäßigen Ausgaben zu den regelmäßigen Einnahmen nach dem allgemeinen Prinzip von Art. 6 eine solche Erhebung an sich nicht nöthig machen würde. Der Minimalansatz von 20 Cent. per Fuchart ist dabei so niedrig gegriffen, daß von einer ernstlichen Belastung der Grundbesitzer nicht geredet werden kann; dagegen wird allerdings diese Bestimmung gerade in nächster Zeit zur Anwendung kommen, weil durch die Herstellung des Kanals unterhalb Grynau der Einthfond ohne allen Zweifel unter Fr. 400,000 herabgedrückt werden wird. Wir halten es aber gar nicht für unzweckmäßig, daß gerade in der ersten Zeit der neuen Ordnung der Dinge

die Gewohnheit des Beitragleistens nicht ganz außer Übung komme und wenn dasselbe sich in so bescheidenen Schranken hält, so wird Niemand mit Grund etwas dagegen einwenden können, während es für fortwährend bereinigten Stand der Kadaster von einigem Werth sein dürfte, wenn dieselben alljährlich eine praktische Bedeutung erlangen.

Mit den vorstehenden kurzen Bemerkungen dürfte der Hauptinhalt des vorliegenden Entwurfs hinlänglich beleuchtet sein. Dagegen bedarf es noch einer besondern Hervorhebung, daß in allen den Beziehungen, von denen bisher die Rede war, im Entwurfe nur die Lintthkanäle mit ihren Dämmen betroffen sind, während dagegen ein zweites und drittes Wasserhystem, das im Tagsatzungsbeschuß von 1812 mit den Lintthkanälen in ganz gleiche Reihe gestellt war, im Entwurfe eine wesentlich anderweitige Behandlung erfahren hat. Das zweite System bilden die Hintergräben. Dieselben bestehen dem ganzen Stromlaufe der kanalisirten Lintth entlang, aber mit mehrfach sehr verschiedener Bestimmung. Beim Molliserkanal und theilweise auch bei den untersten Strecken des Lintthkanals unterhalb dem Wallensee haben diese Hintergräben die Bedeutung, als Reservebetten für die Aufnahme von Ueberwasser bei hohen Lintthständen zu dienen; vom Wallensee abwärts bis unter die Nothbrücke, wo der Fluß sich tief genug eingebettet hat, um Ueberwasser nicht mehr befürchten zu lassen, dienen die bestehenden Hintergräben eigentlich nur noch zur Begrenzung des Eigenthums, und von der schwyzerisch-glarnerischen Kantonsgrenze an sind dieselben größtentheils dazu bestimmt, um die Binnengewässer neben der Lintth abzuführen. Es scheint der Kommission, daß diese Hintergräben für das Lintthwerk als solches nur eine sehr sekundäre Bedeutung haben und daß es mit Bezug auf sie vollkommen genüge, der Lintthbehörde ein Aufsichtszrecht zu vindiciren, während dagegen ihr Unterhalt füglich dem durch sie geschätzten oder entwässerten Grundeigenthum zugeschrieben werden dürfe. Nur wird es angemessen sein, daß, nachdem die bisherigen Lintthunterhaltsgenossamen aufgelöst sind, neue Genossamen zum Unterhalt der Hintergräben gebildet werden, und es kann als ein Ausfluß des allgemeinen Oberaufsichtsrechtes und bisheriger Kompetenzen der Lintthkommission betrachtet werden, daß wir ihr die Befugniß einräumen, nach den in der Natur der Sache liegenden, aber im Bundesbeschuß (Entwurf Art. 8) noch besonders hervorgehobenen Prinzipien die Anlagepflicht des betheiligten Grundeigenthums festzusetzen.

Gegenüber dem von einzelnen Genossamen gestellten Begehren, daß sämmtliche Hintergräben ebenfalls in die Centralisation aufgenommen werden, haben wir zu bemerken, daß es auch deshalb ungerechtfertigt erscheinen würde, diese Last den der Natur der Sache nach ausschließlich Verpflichteten abzunehmen, weil diese Last der ganzen Länge der Lintthkanäle nach sehr ungleich vertheilt ist, und ein großer Theil der

Linthgenossamen sich mit allem Rechte beschweren könnte, daß das Vermögen und die Einnahmen der Linthunternehmung, welche doch zunächst dem Hauptzweck gehören, ohne Noth und ohne Verpflichtung zu ihrem Nachtheil und auf ihre Kosten mit bedeutenden Lasten beschwert würden.

Um indessen den Wünschen der Genossamen möglichst entgegen zu kommen ist im Art. 8 (Absatz 3) noch eine Bestimmung aufgenommen worden, durch welche der Linthkommission die Befugniß eingeräumt wird, an außergewöhnliche, kostspielige Hauptarbeiten an den Hintergräben den Unterhaltsgenossamen, so weit dies ohne Schmälerung und Gefährdung des Linthfonds thunlich erscheint, verhältnißmäßige Beiträge zu dekretiren, wie dies übrigens schon bisher in der Praxis gehalten worden ist.

Das dritte Wassersystem bilden die Entwässerungsgräben, welche ihr Wasser in die Linth oder — was die Regel bildet — in die Hintergräben entleeren. Auch diese unterliegen nach dem Tagsatzungsbeschlusse von 1812 der hoheitlichen Fürsorge der Linthkommission ganz gleich, wie der Linthkanal selbst und die Hintergräben. Es ist aber klar, daß heutzutage ein genügender Grund für einen derartigen Zustand nicht mehr besteht. Die Linthunternehmung thut vollauf ihre Pflicht, wenn sie die Hauptwasserader des Thales in guter Ordnung hält und die zweitwichtigste — die Hintergräben — in so weit beaufsichtigt, daß keine erheblichen Schwierigkeiten für den gehörigen Abzug der Binnengewässer entstehen. Was weiter zurückliegt, berührt sie eigentlich nicht, und man darf es ganz füglich der eigenen Einsicht der Liegenschaftsbesitzer und eventuell den betreffenden kantonalen Behörden überlassen, Fürsorge dafür zu treffen, daß in der rückwärtsliegenden Gegend die Vortheile vollständig aufgeschlossen werden, welche durch die Linthunternehmung möglich gemacht worden sind. Dies ist die Meinung vom Art. 10 des Entwurfes, und es mag beigefügt werden, daß, so viel uns bekannt ist, nicht bloß im Kanton Glarus, wo seit 1849 ein Gesetz das ganze Entwässerungssystem in befriedigendster Weise geregelt hat, sondern auch in den Kantonen St. Gallen und Schwyz Normen zu Recht bestehen, welche hinlängliche Bürgschaft dafür bieten, daß die Ueberlassung der sachbezüglichen Verhältnisse an die Kantone materiell ohne Nachtheil geschehen kann, während sie hinwider ganz unzweifelhaft den Vortheil darbieten wird, daß die Linthkommission von einer Menge kleiner Geschäfte befreit wird, mit denen sie sich bis dahin, nicht selten in einer gewissen Kollision mit der natürlichen Jurisdiction der Kantone, zu befassen hatte.

Zum Schlusse haben wir nur noch zu erwähnen, daß, wenn der vorliegende Entwurf sich sehr viel kürzer faßt, als der Tagsatzungsbeschluss von 1812, dies seinen Grund namentlich darin hat, daß wir mehrere Punkte, die in jenem Beschlusse geregelt werden, absichtlich

auf der Seite gelassen haben. Die Abschnitte I—III der „Eidg. Verordnung“ regeln das Organische der Linthbehörden; dieses aber hat seine neue Feststellung gefunden in dem Bundesbeschlusse vom 12. Januar 1862, auf den daher der Entwurf im Art. 1 sich einfach beziehen kann. Die Abschnitte IV und V der „Verordnung“ (Polizeiverordnung und Strafen) haben wir deshalb nicht reproduziert, weil wir dafür halten, es sprechen entschiedene Gründe der Zweckmäßigkeit dafür, Bestimmungen dieser Natur nicht durch Bundesbeschlusse für verhältnismässig lange Dauer festzusetzen, sondern der vollziehenden Behörde die Möglichkeit zu belassen, je nach Zeit und Umständen von sich aus das Erforderliche auf dem Wege spezieller Verfügung oder genereller Verordnung vorzunehmen, wie es im Art. 1 in fine des Entwurfs vorgesehen ist.

Gestützt auf die vorstehende Berichterstattung beehren wir uns nunmehr, Ihnen den beifolgenden Entwurf eines Gesetzesentwurfes betreffend die Unterhaltung des Linthwerkes zur Genehmigung zu empfehlen, und benutzen im Uebrigen diesen Anlafs, Sie unserer ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

Bern, den 17. Juni 1867.

Im Namen des Schweizerischen Bundesrathes,
Der Bundespräsident:

C. Fonerod.

Der Kanzler der Eidgenossenschaft:

Schick.

Gesetzentwurf

betreffend

die Unterhaltung des Linthwerkes.

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenossenschaft,
nach Einsicht einer Botschaft des Bundesrathes vom 17. Juni
1867;

in Revision des Tagsatzungsbeschlusses vom 6. Juli 1812 betreffend
die Linthunternehmung,

beschließt:

Art. 1. Die Linthunternehmung steht unter der Leitung und Oberaufsicht der Linthkommission, deren Organisation und Verrichtungen durch den Bundesbeschlusse vom 27. Januar 1862 geregelt sind.

Es ist Sache der Linthkommission, in Betreff der zum Schutz der Kanäle, Dämme und Hintergräben und des Lintheigentums überhaupt erforderlichen polizeilichen Vorschriften durch geeignete Verordnungen und Reglemente Fürsorge zu treffen, und dabei auch die gegen Widerhandeln in Anwendung zu bringenden Strafbestimmungen aufzustellen.

Art. 2. Der Unterhalt der Linthkanäle, nebst Zugehör (Art. 5) wird bestritten:

- a. aus den Linthzollauslösungsgeldern;
- b. aus den Erträgnissen der Liegenschaften zc.;
- c. aus den Zinsen des Linthfonds nach seinem jeweiligen Bestande;
- d. aus den Beiträgen, welche den innerhalb der Grenze der Mehrwerthschätzungslinie gelegenen, im Linthkataster aufgetragenen Grundstücken nach Art. 6 auferlegt werden.

Art. 3. Die Anordnung dessen, was in einem Jahre, auf den Unterhalt bezüglich, vorgenommen werden soll, steht ausschließlich bei der Linthkommission und die Ausführung unter direkter Leitung des Linthgenieurs.

Art. 4. Sollten die Bedürfnisse und Interessen der Linthunternehmung zu Zeiten Eingriffe in den Kapitalbestand des Linthfonds notwendig machen, so ist hiefür nicht nur die vorgängige Einwilligung des Bundesrathes erforderlich (Art. 3 des Bundesbeschlusses betreffend die Organisation der Linthverwaltung vom 27. Januar 1862), sondern der Bundesrath wird auch gleichzeitig auf Antrag der Linthkommission verfügen, daß und in welcher Art durch die Beitragsleistungen der Genossamen der Fond successive wieder auf den frühern Bestand gebracht werden soll.

Würden in Zukunft solche Angriffe auf den Fond mit Rücksicht auf Arbeiten beschossen, welche die bisherigen Linthkanäle von Mollis bis zum Zürichsee nicht direkt beschlagen, sondern in entfernterer Beziehung zu der Linthunternehmung stehen, wie die Fällung des Zürichseespiegels, so darf hiedurch jedenfalls nur ein Theil des Linthfonds absorbiert werden, und die Wiederherstellung der Fondshöhe darf in solchen Fällen auch nicht durch gleichmäßige Belastung aller Grundstücke (Art. 6), sondern muß vorzugsweise durch verhältnißmäßige Belastung derjenigen Grundstücke geschehen, welchen durch solche Arbeiten Mehrwerth erwächst.

Art. 5. Zum Unterhalt der Linthkanäle wird gerechnet:

- a. die Reinhaltung der Linthbetten in gleichmäßigem Gefäll, mit Einschluß allfälliger nöthiger Arbeiten zur Senkung des Wallenseespiegels;
- b. die Erhaltung der Ufer in vorgeschriebener Richtung mit gehörigem Abhang, nöthigenfalls mit Erstellung solider Steinwuhre;
- c. die Erhaltung und Reinhaltung der Wuhre und Dämme nach den bestimmten Profilen, sowie der Dammwege und des Damm-

fußes gegen den Hintergraben, inbegriffen die Herstellung zerstörter oder gesunkener Strecken;

- d. die Erhaltung des Linthableitungsgrabens am Escherkanal und allfälliger Schleußenwerke am Linthkanal;
- e. die Erhaltung aller einzelnen, zum Linthwerk gehörenden Bauobjekte, wie Fallen, Durchlässe, Besezen, Schirmgebäude etc.

Art. 6. Reichen in einem Jahre die ordentlichen Einnahmen der Linthkasse (Art. 2, Litt. a, b & c) nicht hin, um neben den andern ihr obliegenden Ausgaben auch den Unterhalt der Kanäle (Art. 5) zu bestreiten, so wird die Linthkommission auf sämtlich verpflichtete Liegenschaften einen Beitrag umlegen.

Jedes belastete Grundstück im ganzen Gebiete hat dabei nach dem Maße seines katastermäßigen Inhaltes die gleiche Auflage zu zahlen. Dieselbe soll in der Regel, außerordentliche Fälle vorbehalten, in einem Jahre den Betrag von Fr. 0,75 per Juchart nicht übersteigen. Läßt sich mit diesem Ansatze das Defizit eines Jahres nicht decken, so wird die Auflage auf mehrere Jahre vertheilt. Wenn und so lange der Linthfond unter dem Betrage von Fr. 400,000 steht, soll jedenfalls, auch wenn die Unterhaltungsarbeiten durch die ordentlichen Einkünfte (s. oben) bestritten werden können, ein Beitrag von dem beteiligten Grundeigenthume im Minimalbetrage von 20 Stappen per Juchart erhoben werden.

Art. 7. Die Linthkommission hat die erforderlichen Maßregeln zu treffen, um den Linthkataster fortwährend in gutem und bereinigtem Stande zu halten. Modifikationen können auf Verlangen von Beteiligten und auf deren Kosten jederzeit vorgenommen werden. Ueber die Art und Weise, wie die von den pflichtigen Grundstücken zu entrichtenden Auflagen (Art. 6) eingezogen werden sollen, wird die Linthkommission angemessene Bestimmungen treffen.

Art. 8. Die Verpflichtung zum Unterhalt der Hintergräben, nebst allfällig dazu gehörigen Dämmen liegt, so weit dieselben bloß die Bedeutung von Friedgräben haben, auf den Anstößern längs ihrem Grundeigenthum, sonst aber auf allem demjenigen Grundeigenthum, zu dessen Entwässerung oder Schutz sie dienen.

Nach diesem Grundsatze sollen für alle Hintergräben Unterhaltsgenossenamen durch die Linthkommission gebildet werden.

Die Hintergräben haben, so weit es die Linthkommission für nöthig erachtet, sämtliche Binnengewässer aufzunehmen und fortzuleiten.

An außergewöhnliche kostspielige Hauptarbeiten an den Hintergräben kann die Linthkommission den Unterhaltsgenossenamen aus der Zentralkasse, so weit dies namentlich ohne Schmälerung und Gefährdung des Linthfonds thunlich erscheint, verhältnismäßige Beiträge dekretiren.

Art. 9. Der Unterhalt der Hintergräben besteht in Reinigung der Sohle von Schlamm und Gewächsen, Vertiefung und Erweiterung ders-

selben nach jeweiligem Bedarf und von der Linthkommission genehmigten Plänen, sowie in Sicherung der Grabenböschung und allfälliger Schutzdämme auf der, der Linth entgegengesetzten Seite. Die Hintergräben stehen unter der Oberaufsicht der Linthkommission. Die unterhaltspflichtigen Anstößer und Genossamen (Art. 8) haben sich ihren Anordnungen in Betreff vorzunehmender Unterhaltsarbeiten zu unterziehen, widrigenfalls das Erforderliche auf ihre Kosten durch die Angestellten der Kommission ausgeführt würde.

Art. 10. Die Regelung der Verhältnisse der Abzugsgräben, welche ihr Wasser in die Linth oder in die Hintergräben entleeren, bleibt von nun an den Kantonen überlassen; doch dürfen geschiefelführende Bäche erst eingeleitet werden, nachdem sie ihr Geschieb auf genügenden Kiesfängen abgelagert haben.

Art. 11. Durch gegenwärtigen Bundesbeschluß wird die eidgenössische Verordnung vom 6. Juli 1812 betreffend die fürdauernde Polizeiaufsicht und Unterhaltung der Linthkanäle außer Kraft gesetzt. Einzig die Abschnitte IV „Linthpolizeiverordnung“ und V „Strafen“ bleiben für so lange in Kraft, bis die Linthkommission, in Anwendung von Art. 1, Absatz 2 des gegenwärtigen Beschlusses jene Vorschriften durch anderweitige Bestimmungen ersetzt haben wird.

Art. 12. Der Bundesrath ist mit der Vollziehung gegenwärtigen Beschlusses beauftragt.

Botschaft des Bundesrathes an die h. Bundesversammlung, betreffend die Unterhaltung des Linthwerkes. (Vom 17. Juni 1867.)

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1867
Année	
Anno	
Band	2
Volume	
Volume	
Heft	28
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	29.06.1867
Date	
Data	
Seite	248-263
Page	
Pagina	
Ref. No	10 005 494

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.